

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 39. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Leuben (SBR Leu/039/2019)

am Mittwoch, 30. Januar 2019,

18:00 Uhr

**im Stadtbezirksamt Leuben, Bürgersaal,
Hertzstraße 23, 01257 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:53 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Katrin Hoogestraat

Tobias Kittlick

Carola Klotzsche

Eberhard Kunte

Pia Reinhardt

Mitglied Liste DIE LINKE

Rolf Böhme

Marina Brandt

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Dieter Stiehl

Mitglied Liste SPD

Michael-Peter Bäuerle

Gottfried Mann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Michael Kater

Mitglied Liste FDP

Matteo Böhme

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Anita Köhler

Mitglied Liste NPD

Hartmut Krien

Stellvertretende Mitglieder

Stefan Müller

Vertretung für Herrn Dr. Rainer Kempe

Verwaltung

Konstanze Mally, Referentin Städtische Wohnungspolitik, GB 5

Angela Seifert, Sachbearbeiterin Wohnkostenentwicklung

Roberto Bäcker, Stellvertreter Stadtbezirksamtsleiter

Gäste

Ines Schwindt, Hortleitung 93. Grundschule

Nora Janse, Stellvertretende Hortleitung 93. Grundschule

Antje Skupin, Mobile Jugendarbeit Leuben

Schülerinnen und Schüler der 93. Grundschule

Frau Trache, Leubener Zeitung

sowie ca. 15 Gäste

Schriftführer

Paul Kutzschbach, Sachbearbeiter Stadtbezirksbeiratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 38. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 19.12.2018
- 2 Vorstellung des Stadtteilfinders
- 3 Wohnkonzept der Landeshauptstadt Dresden **V2695/18
beratend**
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Mitglieder des Stadtbezirksbeirates
- 5 Informationen des Stadtbezirksamtsleiters zum Geschehen im Stadtbezirk

öffentlich

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 38. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 19.12.2018

Der Stadtbezirksamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die 39. Sitzung und stellt mit 12 anwesenden Stadtbezirksbeiräten die Beschlussfähigkeit fest. Herr Böhme, Matteo trifft 18:19 Uhr ein, Frau Klotzsche 18:30 Uhr. Herr Dr. Kempe hat sich für die Sitzung entschuldigt, sein Vertreter Herr Müller erscheint 18:53 Uhr. Die Einladung erging frist- und formgerecht. Herr Lämmerhirt begrüßt insbesondere die Kinder der 93. Grundschule sowie Frau Trache von der Leubener Zeitung, welche die Erlaubnis erhalten habe, die Vorstellung des Stadtteilfinders begleitend zu fotografieren.

Die Stadtbezirksbeiräte bestätigen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der 38. Sitzung. Die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Frau Köhler und Herr Böhme, Rolf gegenzeichnen.

2 Vorstellung des Stadtteilfinders

Herr Lämmerhirt informiert, dass es sich bei dem Stadtteilfinder um ein praktisches Projekt der Stadtteilrunde Jugend handelt und übergibt das Wort an die Vorstellenden.

Die Entstehung des Stadtteilfinders wird anhand einer Power-Point-Präsentation sowie eines kurzen Videos präsentiert.

Die Vorstellung übernehmen Frau Skupin von der Mobilen Jugendarbeit Leuben, Frau Schwindt und Frau Janse von der Hortleitung der 93. Grundschule sowie Schüler und ehemalige Schüler der 93. Grundschule.

Frau Skupin blickt zurück, dass im Jahr 2016 im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden eine Online-Jugendbefragung durchgeführt wurde, welche als ein Ergebnis brachte, dass der Stadtbezirk Leuben durch Kinder und Jugendliche als eines der unattraktivsten Sozialräume bewertet wurde. Die Stadtteilrunde Leuben griff daher im Juni 2017 diese Problematik auf. Um herauszufinden in welcher Form man auf die doch vielen vorhandenen Angebote im Stadtbezirk Leuben hinweisen könne, wurden neben einem Worldcafé innerhalb der Stadtteilrunde insbesondere auf die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen gesetzt. Dabei galt es wesentliche Faktoren wie Zielgruppe, Kosten, Form und Inhalt zu klären. Um diese Fragen zu beantworten, bildet die Stadtteilrunde eine Unterarbeitsgruppe bestehend aus dem Hort der 93. Grundschule, der Mobilen Jugendarbeit Leuben, dem Kinder- und Jugendhaus Chilli, dem Kinder- und Familientreff Mosaik, der Beratungsstelle Burgenlandstraße sowie der Mutter/ Kind Einrichtung. Herausgekommen ist nun ein faltbarer und wetterfester Plan für 6 – 12-jährige, welcher neben diversen Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auch die Kontakte zu Einrichtungen und Haltestellen enthält. Sowohl zum Inhalt als auch zur Gestaltung wurden Kinder in allen Grundschulen des Stadtbezirkes, in den Jugendeinrichtungen sowie beim Streetwork durch einen erarbeiteten Fragekatalog

befragt und beteiligt. Einige Kinder halfen auch bei der Erstellung von Bildern und Piktogrammen. Nachdem mehrere Entwürfe gemeinsam mit den Kindern wieder überarbeitet wurden, seien nun, unterstützt durch das Grafikbüro „ping und pong“, 1580 Exemplare gedruckt wurden. Die Kosten dafür seien sowohl durch den Stadtraumetat sowie durch viele Spenden gedeckt wurden.

Die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates Leuben erhalten ein Puzzlestück, um gemeinsam den Stadtteilfinder zusammenzusetzen. Herr Lämmerhirt bekommt eine Kiste mit Exemplaren zur Auslage im Stadtbezirksamt übergeben.

Frau Skupin dankt nochmals den Kindern für die gute Zusammenarbeit innerhalb des fast einjährigen Prozesses. Geplant sei nun ca. 600 Stadtteilfinder an alle Schüler der 4. Klasse im Stadtbezirk auszugeben. Die restlichen Exemplare werden im Rathaus, in den Beratungsstellen sowie in den Jugendhäusern ausgelegt. Auch sei eine spätere Neuauflage denkbar, beispielsweise nach 2 Jahren. Man könnte die Karte jedoch auch im Großformat als Wegweiser/ Kartenaufsteller an markanten Punkten im Stadtbezirk aufstellen. Beispielsweise im Waldpark, an der Fähre in Laubegast oder am Rathaus. Damit auch größere Kinder und Jugendliche erreicht werden, sei auch die Erarbeitung einer anderen Karte, möglicherweise auch in digitaler Form, nicht ausgeschlossen.

Die Vorsteller danken den Stadtbezirksbeiräten für die Unterstützung und hoffen auch in der Zukunft auf eine enge Zusammenarbeit, speziell in puncto Steigerung der Attraktivität für Kinder und Jugendliche im Stadtbezirk Leuben.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

3 Wohnkonzept der Landeshauptstadt Dresden

**V2695/18
beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt Frau Mally, Referentin Städtische Wohnungspolitik, zur Vorstellung dieser Vorlage. Frau Mally informiert, dass bei der Erstellung des Wohnkonzeptes sowohl der Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen als auch der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften federführend mitgewirkt haben. Frau Mally informiert, dass es sich bei dem Wohnkonzept um ein gesamtstädtisches Konzept handelt und sie den Entstehungsprozess sowie die wichtigsten Eckpunkte anhand einer Power-Point-Präsentation darlegen werde. Die Idee zur Erarbeitung eines neuen Wohnkonzeptes stammt bereits auf dem Jahr 2011, die dazu entwickelten Verwaltungsentwürfe seien jedoch nicht beschlossen wurden. Grundlage für das nun vorliegende Konzept sei die Vorlage des neuen Entwurfs des Wohnkonzeptes und der Beschluss zur Überarbeitung und Aktualisierung aus dem Jahr 2016. Frau Mally berichtet über den bisherigen Entstehungsprozess. Neben verwaltungsinernen Abstimmungen habe es auch eine Vielzahl externer Abstimmungen gegeben. Darunter die Beteiligung vom Stadtrat und anderen Gremien sowie die Beteiligung der Wohnmarktakteure. Mit letztgenannten fand 2017 ein Symposium sowie Anfang 2019 ein Runder Tisch Wohnen statt. Verwaltungsintern sei eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe bestehend aus Teilnehmern vom Sozialamt, Stadtplanungsamt sowie dem Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung gegründet wurden. Bei dem Dresdener Wohnkonzept handelt es sich um ein wohnungspolitisches Strategiepapier, welches grundlegende Ziele sowie konkrete Handlungsfelder und

Maßnahmen der Wohnungspolitik benennt und diese systematisch ordnet. Es baut auf einer Analyse der aktuellen und zu erwartenden Wohnungsmarktentwicklung auf und soll für Stadtverwaltung und Kommunalpolitik als verbindlicher Leitfaden für wohnungspolitische Rahmensetzungen und Interventionen dienen. Das Konzept fasst die kommunalen Instrumente und Maßnahmen zusammen, bleibt aber von bundes- und landespolitischen Rahmensetzungen abhängig. Das Wohnkonzept sei zwar in sich abgeschlossen, könne aber bei späteren Wohnungsmarktänderungen wieder aufgegriffen und abgewandelt werden. Die Landeshauptstadt Dresden sei eine der wenigen Großstädte, welche bisher nicht über ein solches Wohnkonzept verfügt habe.

Das Konzept besteht inhaltlich aus den Schwerpunkten Wohnungsmarktanalyse und –prognose, Ziele der Dresdner Wohnungspolitik, Handlungsfelder und Maßnahmen bis 2025 sowie dem Ausblick. Die Ausführungen zur Wohnungsmarktanalyse und –prognose sei im Konzept relativ kurz ausgefallen, da alle detaillierten Berichte im neu erschienenen Wohnungsmarktbericht 2017 enthalten seien. Bei den Zielen der Dresdner Wohnungspolitik werden Angebot, Nachfrage, Quartier und Marktbeobachtung und Kooperation beleuchtet. Die Ziele seien dabei mit 22 Handlungsfeldern und 63 Maßnahmen hinterlegt. Für die Zukunft sei neben einer jährlichen Berichterstattung über die aktuelle Wohnungsmarktentwicklung im Wohnbeirat auch eine Evaluierung bzw. Fortschreibung des Konzeptes geplant.

Fragen der Stadtbezirksbeiräte:

Frau Köhler: Bezweifelt, dass das Konzept ein Steuerungsinstrument gegen den derzeit aus dem Ruder laufenden Wohnungsmarkt darstelle. Es verhindert keine Preissteigerungen bei Neuvermietung und man habe wenig Einfluss auf die Vonovia als Großvermieter.

Herr Mann: Er möchte wissen, wie der innerhalb des Konzeptes genannte strategische Erwerb von Flächen umgesetzt werde soll. Die Stadt habe sich durch den Verkauf vieler eigener Grundstücke nun die Situation selbst erschwert.

Frau Brandt: Interessiert sich über die Zusammensetzung des Wohnbeirates und welche Teilnehmer an der Arbeitsgruppe beteiligt waren. Gibt es eine Definition für „zeitgemäß“? Wie soll man das geplante Stadtgrün umsetzen, wenn man gar nicht über die benötigten Flächen verfüge? Im Konzept steht, dass bei Mieterhöhung die Abstimmung mit der zuständigen Stelle innerhalb der Landeshauptstadt erfolgen müsse. In Leuben erhöht die Vonovia derzeit vermehrt die Grundmiete mit der Begründung in eine andere Wohnlage eingestuft worden zu sein, was gar nicht der Fall sei. Zudem bedrohe die Vonovia die Mieter mit Schreiben dies zu akzeptieren, andernfalls drohe eine Klage.

Frau Mally: Im Bereich Kauf- und Mietpreise sei derzeit eine starke Marktdynamik zu verzeichnen. Mit dem Konzept könne man die Situation natürlich nicht auflösen, aber Konzepte entwickeln, die eingreifen. Zu der angesprochenen strategischen Liegenschaftsstrategie soll durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften noch eine eigene Liegenschaftsstrategie entwickelt werden, welche finanziell untersetzt werde.

Herr Lämmerhirt: Den Vorsitz im Wohnbeirat habe Frau Dr. Kaufmann. Zusätzlich seien Stadtratsfraktionen sowie Mitglieder des Mietervereins, der Vonovia sowie sachkundige Bürger vertreten. Die angesprochenen Schreiben seien der heutigen Rechtslage geschuldet und werden auch von anderen Vermietern angewandt.

Frau Mally: In der veraltungsinternen Arbeitsgruppe seien sowohl das Sozialamt, das Stadtplanungsamt sowie das Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung beteiligt gewesen. Die angesprochenen Miet- und Wohnkostensteigerungen stehen nicht mit dem Wohnkonzept im Zusammenhang. Diese bezieht sich auf den Mietspiegel der Landeshauptstadt Dresden.

Frau Seifert: Bei Mietrechtssachen sei der Mieterverein ein guter Ansprechpartner. Die Regelungen zum Mieterhöhungsverlangen regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. Demnach könnte man bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erhöhen, jedoch nicht mehr als 15 Prozent innerhalb 3 Jahre.

Herr Lämmerhirt: Er möchte erinnern, dass heute über das städtische Wohnkonzept beraten werde. Bei Mietsachen handelt es sich um Privatrecht.

Herr Krien: Die Chance, die strategische Liegenschaftsstrategie mit den dazu dringend benötigten finanziellen Mitteln zu untersetzen, sei sowohl innerhalb der Haushaltsdebatte sowie bei der INSEK Behandlung nicht genutzt wurden. Außerdem stimmt er Frau Brandt zu, dass die Vorgehensweise der Vonovia in vielen Bereichen nicht rechtens sei. So kenne er ein Beispiel, wo die Vonovia über Rechtsanwälte die Räumung der Wohnung ankündige, obwohl lediglich die Miete aufgrund von Baulärm gemindert wurden sei. Als Stadtbezirksbeirat habe man eine Allgemeinzuständigkeit und müsse die Mieter gegen das Vorgehen dieses Großvermieters schützen. Den Wettbewerb wieder zu erhöhen und somit ein solches Vorgehen einzudämmen, erreiche man nur mit einer Vielzahl an Neubauten.

Frau Hoogestraat: In dem Konzept sei enthalten, dass die Landeshauptstadt Dresden beabsichtigt, Belegungsrechte an bestehenden Wohnungen bei unterschiedlichen Wohnungseigentümern zur Ergänzung des vorhandenen belegungsgebundenen Wohnungsbestandes anzukaufen. Wie soll das bewerkstelligt werden und wie hoch ist das dafür zur Verfügung stehende Budget?

Frau Mally: Dabei handelt es sich um eine neue Strategie, welche sich noch in der Testphase befinde. Ziel sei es, Engpässe im vorhandenen belegungsgebundenen Wohnungsbestandes auszugleichen, indem man für einen begrenzten Zeitraum das Wohnrecht innerhalb des Gebäudes erwirbt. Dies könnte insbesondere für altersgerechten und barrierearmen Wohnraum genutzt werden bzw. in Gebieten, wo es derzeit wenig belegungsgebundenen Wohnungsbestand gibt. Derzeit befinde man sich noch in der Entwicklungsphase und habe daher nur ein Budget von rund 300.000 Euro zur Verfügung.

Herr Lämmerhirt: Fragt, wie lange die vereinbarten Belegungsrechte bei der Vonovia noch gelten.

Frau Mally: Die knapp 10.000 Wohnungen haben Belegungsrechte bis 2026 mit einer möglichen Verlängerungsoption bis 2036. Bei den übrigen knapp 200 Wohnungen laufen die Rechte innerhalb der nächsten 5 Jahre aus.

Herr Böhme, Rolf: Wann dürfen die, nach dem Abriss der Plattenbauten entstandenen, Freiflächen wieder bebaut werden und sind diese noch im städtischen Eigentum?

Herr Kunte: Merkt an, dass vieles verständlicher gewesen sei, wenn man dem Wohnkonzept den Wohnungsmarktbericht von 2017 vorangestellt hätte. Für ihn sei das Konzept eine politische Absichtserklärung und kein strategisches Papier. Wenn man die, im Konzept geforderte anteilige Schaffung belegungs- und mietpreisgebundener Wohnungen von 30 Prozent erreichen wolle, nütze es nichts, nur kommunale Wohnungen zu erzeugen. Zudem bedürfe es regelmäßiger Kontrollen von gefördertem Wohnraum, damit ein schnelles Herunterwirtschaften des Wohnraumes ausgeschlossen werde. Auch ein Wohntausch mit Belegungsrechtsbindung könne sowohl wirtschaftliche als auch finanzielle Verbesserungen schaffen. Im Konzept könne er nicht nachvollziehen, wie man es erreichen wolle, für 2200 Euro/m² kommunale Neubauten zu errichten, wenn für den Neubau von Eigentumswohnungen der durchschnittliche Kaufpreis im Jahr 2017 bei 3 300 Euro/m² lag. Auch wie man die 800 neuen Wohnungen bis 2022 errichten wolle, sei im Konzept nicht dargelegt. Das Konzept sollte daher überarbeitet und strategisch untersetzt werden.

Herr Stiehl: stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Begrenzung der Redezeit.

Herr Lämmerhirt: Dies stellt keinen Geschäftsordnungsantrag dar, weist aber darauf hin, dass seit 01.01.2019 die neue Geschäftsordnung Stadtbezirksbeirat gelte, worin im §10 (4) GO-Stadtbezirksbeirat eine Redezeit von 5 Minuten verankert sei. Zudem dürfe ein Mitglied des Stadtbezirksbeirates höchstens zweimal zu demselben Verhandlungsgegenstand sprechen.

Herr Kater: Der in der Vorlage enthaltene Satz „Die Wohnungsversorgung der Dresdner Bevölkerung ist eine komplexe gesellschaftliche Aufgabe, die politisch, rechtlich, sozial, ökonomisch und ökologisch zu gestalten ist.“ erinnere ihn an den damaligen sozialistischen Apparat. Die Vorlage könne so in der Form nie verwirklicht werden und sei daher sinn- und nutzlos. Er lehne diese daher ab.

Frau Mally: Die Rückbauflächen seien noch im Besitz der damaligen Eigentümer. Sobald der Abriss gefördert wurde, dürfe man an dem Standort 10 Jahre keine neuen Mietwohnungen errichten.

Herr Lämmerhirt: Die 10 Jahre seien noch nicht in allen Bereichen abgelaufen.

Frau Mally: Bei den geförderten Wohnungen dürfen nur Mieter einziehen, welche in Besitz eines Wohnberechtigungsscheines sind. Die Kritik an den 2200 Euro/m² für kommunale Neubauten könne sie nachvollziehen, seien jedoch in der Richtlinie gebundener Mietwohnraum des Freistaates Sachsen in dieser festgesetzten Höhe verankert.

Herr Kittlick: Wie verhält es sich, wenn die 2200 Euro/m² am Ende doch nicht eingehalten werden können?

Frau Mally: Es handelt sich bei der Förderung um eine sehr komplexe Sache. Da das Förderprogramm erst neu angelaufen ist, habe man noch keine großen Erfahrungswerte in der Praxis.

Herr Lämmerhirt bittet die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates um Abstimmung:

Zustimmung

Ja 7 Nein 4 Enthaltung 4

Herr Lämmerhirt dankt Frau Mally und Frau Seifert für die Vorstellung.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Mitglieder des Stadtbezirksbeirates

Herr Kater: Die Fußwegsituation an der Burgenlandstraße/ Tauernstraße und angrenzend müsse dringend verbessert werden. Durch die oft zu geringe Fußwegbreite, bedingt durch die Platanen, könne man den Fußweg nicht mehr gefahrenlos nutzen und müsse daher oft auf den Straßenraum ausweichen. Gibt es keine gesetzlichen Mindestbreiten, die eingehalten werden müssten?

Herr Lämmerhirt: Der Fußweg auf der Hermann-Seidel-Straße sei im Plan bereits enthalten. Da aufgrund der großen Bäume nicht mehr genug Platz für die Gehwege zur Verfügung steht, müsse die Straße teilweise verschmälert werden. Dies könne aber erst nach der Sanierung der Österreicher Straße erfolgen, da sonst derweil benötigte Parkflächen wegfallen würden. An der Tauernstraße sollten bereits Ende 2018 punktuelle Verbesserungen stattfinden. Da dies noch nicht erfolgt sei, gehe er von einer Umsetzung im Frühjahr 2019 aus. Auch zwischen der Steirischen Straße und dem Kärntner Weg soll es Verbesserungen geben. Herr Lämmerhirt informiert, dass auch der Stadtbezirksbeirat mit seinem Budget Verbesserungen anregen bezie-

ungsweise nach Erhalt der Übersichtsliste Priorisierungen festlegen könne. In dem angesprochenen Gebiet werde es jedoch nie eine ideale Lösung geben, da man oft vor dem Kompromiss „breiter Fußweg“ oder „Straßenbaum“ stehe. In einem Fall habe er eine Wohnungsgenossenschaft überzeugen können, dass diese private Grundstücksfläche für die Verbreiterung des Gehweges zur Verfügung stellen. Leider sei diese Variante nur sehr selten realisierbar.

Herr Krien: Er sucht größere Flächen für Wohnbauvorhaben. Bei der alten Mälzerei sprechen denkmalschutzrechtliche Gründe dagegen. Die Försterlingstraße sehe er noch als Möglichkeit.

Herr Lämmerhirt: Viele größeren Flächen im Stadtbezirk erlauben nur eine gewerbliche Nutzung. Zudem liegen viele Flächen im Überschwemmungsgebiet, wo eine Ausweisung von Bebauungsplänen nicht möglich sei.

Herr Kunte: Möchte wissen, wann der 2. Teil zum Abflussbereich der Elbe bei HQ100 durch das Umweltamt präsentiert werde?

Herr Lämmerhirt: Die Vorstellung soll bis Ende Juni 2019 erfolgt sein. Er habe damals Herrn Seifert gebeten, dass er den derzeitigen Stadtbezirksbeiräten den fehlenden Abschnitt präsentiere und nicht erst dem neu gewählten Gremium.

Herr Kunte: Der Zustand der Österreicher Straße werde immer schlechter.

Frau Reinhardt: Im Waldpark Kleinzschachwitz stehen 3 Bäume gefährlich schräg. Bevor eine Gefahr besteht, sollte man schnell reagieren.

Herr Lämmerhirt: Er werde es dem zuständigen Förster mitteilen, damit dieser schnell reagieren kann.

Frau Klotzsche: Fragt, wie das Grundstück auf der Österreicher Straße 57 - 59 bebaut werden soll?

Herr Lämmerhirt: Er gehe davon aus, dass eine Bebauung gemäß § 34 Bau GB erfolgen könne. Nähere Informationen zur genaueren Planung liegen ihm nicht vor, da es sich nicht um Eigentum der Landeshauptstadt Dresden handelt.

Frau Brandt: Erkundigt sich zu Alternativen nach der angekündigten Schließung der Postfiliale in Leuben.

Herr Lämmerhirt: Die Kontaktaufnahme mit den Verantwortlichen der Deutschen Post/ Postbank AG gestalte sich bisher schwierig. Sollte er keine baldige Antwort erhalten, werde er sich als nächsten Schritt an die Regulierungsbehörde wenden. Er halte es prinzipiell für wichtig, dass diese Dienstleistung als solches weiterhin erhalten bleibt. Dies kann prinzipiell auch ausgelagert in anderen Geschäften integriert werden. Viele Beispiele im Stadtbezirk zeigen, dass diese Variante gut funktioniert.

Herr Böhme, Rolf: Im Antwortschreiben des Oberbürgermeisters vom Mai 2018 wurde die Errichtung der geforderten Hinweistafeln zum Biotop in Zschieren bestätigt. Leider sei dies bis heute nicht erfolgt, obwohl eine Realisierung bis 3. Quartal 2018 angekündigt wurde.

Herr Lämmerhirt: Federführend in diesem Anliegen sei das Umweltamt. Er werde sich erkundigen, wann die Aufstellung nun erfolgen soll.

Herr Mann: Die Außenbeleuchtung (Werbung) am neu gebauten Zschach- Center sollte insbesondere in den Abend- und Nachtstunden deutlich reduziert werden.

Herr Lämmerhirt: Er werde den Investor um Reduzierung bitten. Auch könne man das Lichtkonzept innerhalb des Bebauungsplanes auf die ordnungsgemäße Einhaltung begutachten.

Herr Bäuerle: Erkundigt sich, ob auf der Försterlingstraße am ehemaligen Wohnheim (blaues Haus) Arbeiten geplant sind?

Herr Lämmerhirt: Er wisse, dass derzeit auch bei angrenzenden Grundstücken diverse Arbeiten verrichtet werden. So arbeitet derzeit beispielsweise die DREWAG GmbH an einer neuen Fernwärmeversorgung für die Hochhäuser. Eine weitere Bauanzeige für das angesprochene Gebiet sei ihm jedoch nicht bekannt.

Frau Köhler: An der Salzburger Straße/ Ecke Burgenlandstraße befindet sich in Höhe der Bushaltestelle ein großes Loch auf dem Fußweg. Des Weiteren wurde der Fahrkartensautomat an der Haltestelle Salzburger Straße entfernt. Viele Anwohner ärgern sich darüber.

Herr Lämmerhirt: Er werde den Fußwegschaden nochmals weiterleiten. Warum der Fahrkartensautomat entfernt wurde, werde er bei der Dresdner Verkehrsbetriebe AG in Erfahrung bringen.

5 Informationen des Stadtbezirksamtsleiters zum Geschehen im Stadtbezirk

Herr Lämmerhirt erinnert an die angekündigte Arbeitsgruppe am 12. Februar 2019 zu zukünftigen Neuerungen, insbesondere zu Anträgen und Vorlagen. Es gilt auch über die Selbstverpflichtung der Aufgabenschwerpunkte sowie über die Frage, wieviel Budget an welcher Stelle eingeplant werden soll, zu diskutieren. Zu dieser Arbeitsgruppe können auch gern bereits eigene Projektideen mitgebracht werden. Ihm sei es bei Projekten wichtig, dass diese in Art und Umfang eher etwas kleiner ausfallen, daher aber zeitnah umgesetzt werden können. Das zur Verfügung gestellte Budget sei zudem konsumtiv und könnte nur in Verbindung mit einem konkreten Projekt und mit genügend zeitlichem Vorlauf per Ämtervereinbarung investiv ins nächste Jahr übertragen werden.

10 Mitglieder des Stadtbezirksbeirates signalisieren die Bereitschaft zur Teilnahme.

Herr Lämmerhirt informiert, dass im Stadtplanungsamt derzeit die Erarbeitung einer allgemeinen Fußverkehrsstrategie erfolgt. Darin soll der Fußwegverkehr losgelöst von dem anderen Verkehr betrachtet werden und nicht wie bisher als Teil anderer Konzepte. Die Stadtbezirksämter seien innerhalb des Erarbeitungsprozesses dazu aufgerufen, sowohl „Netzlücken“ als auch notwendige „Querungsstellen“ zuzuarbeiten. Doch auch bestehende Privatwege können eingebracht werden, damit diese eventuell durch die Landeshauptstadt Dresden erworben und somit gewidmet und ausgebaut werden können. Einige Beispiele dafür seien der Verbindungsweg zwischen Meußlitz und Sporbitz sowie der Weg zwischen An der Aue und der Berthold-Hauptstraße.

Da es für die die Vorschläge keine expliziten Einschränkungen gibt, sollte man auch über zusätzliche Wege am Elbufer nachdenken, damit sich Fußgänger auch dort in einem geschützten Bereich bewegen könnten.

Herr Lämmerhirt bittet die Stadtbezirksbeiräte bis Ende Februar um Vorschläge wo neue sinnvolle Wegeverbindungen oder Querungshilfen geschaffen werden sollten, welche bis dato nicht existieren oder welche aus Verkehrssicherheitsgründen notwendig erscheinen. Neben attraktiven Verbindungen für Spaziergänger und/ oder Wanderungen können auch bessere Erreichbarkeit von Schulwegen oder Haltestellen Gründe zur Schaffung sein. Es sollte jedoch beachtet werden, dass für das Konzept keine sanierungsbedürftigen Gehwege sowie eventuell notwendige Gehwegverbreiterungen genannt werden. Nach der erfolgten Sammlung werde man gemeinsam eine Priorisierung vornehmen. Dabei sollen etwa fünf Wegeverbindungen und bis zu fünf Querungsstellen je Stadtbezirk in die Priorität 1 sowie etwa zehn pro Variante in Priorität 2 eingeordnet werden.

Obwohl die Wegebeziehungen rund um den Kiessee aktuell im Zuge des „Zukunft Stadtgrün“ untersucht werden, könnten natürlich auch für dieses Gebiet Vorschläge erfolgen.

In der Sitzung am 06. März 2019 werde man über die gesammelten Vorschläge beraten und diese dann weitergeben.

Herr Lämmerhirt informiert über die ausgeteilten Leubener Nachrichten mit vielen Themen über den Stadtbezirk. Vorausblickend möchte er bereits jetzt auf die Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Putjatinhauses am 15. Juni 2019 hinweisen.

Der Stadtbezirksamtsleiter gibt bekannt, dass der erste Antrag von 2 Stadtbezirksbeiräten vorliege. Die Listen von Straßen, Wegen und Plätzen sowie über Grünflächen, welche zukünftig in die Zuständigkeit des Stadtbezirksbeirates fallen, habe er hingegen immer noch nicht erhalten.

Die Sitzung endet 19:53 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Paul Kutzschbach
Schriftführer

Anita Köhler
Stadtbezirksbeirätin

Rolf Böhme
Stadtbezirksbeirat